

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Verleger: Die national geteilte Konzerngesellschaft AG. W. Dr. Familien-
...
und Expedition: Dresden-N., Götterbühlstraße 2, Tel. 17 200. Hauptpoststelle:
...
Jahrespreis: 120 Pfennig (in Vorauszahlung), monatlich 10 Pfennig (postfrei).
...
Zahlung über Sachzahlung des Bezugspreises. Bestellungen für Sachsen: Otto
...
Verlagspreis: 10 Pfennig. Druck: 17200, Verlagsdruckerei Dresden 18800

8. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 21. Dezember 1932 Nummer 291

Schleicherdiktatur verhöhnt die Hungernden

1,80 Mark pro Familie und Monat als „Winterhilfe“. Schleichers Nazi-Tolerierungsbanden verhindern Einberufung des Reichstages. SPD gegen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Schleicherdiktatur, gegen Aufhebung der Papennotverordnung. Kämpft gegen national- und sozialfaschistische Tolerierungspolitik, für Winterhilfe, Brot, Kartoffeln, Kohle!

Berlin, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Der Vorkommensantrag des Reichstages trat gestern 19 Uhr zusammen, um zu dem Antrag der Kommunistischen Partei auf Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen. Arbeitsminister Sprag erhaltete Bericht über die sogenannten Winterhilfsmassnahmen der Schleicherregierung. Dieser Bericht zeigte, daß man für die hungernden Erwerbslosen nichts übrig hat.

Ganze 10 Millionen Mark sind für die Winterhilfe ausgemessen worden. Das macht pro Familie und Monat 1,80 Mark. Die sogenannten „Zuwendungen“ sollen in Gestalt von Lebensmitteln (pro Person und Monat 4 Pfund) und in verminderten Kohlen von 2 Zentnern zu je 30 Pfennig ausgegeben werden.

Wegen diese ungeheuerlichen Beschlüsse der Reichsregierung, welche die lachbare Not niemals lindern können, nahmen die kommunistischen Vertreter auf das schärfste Stellung und forderten die sofortige Einberufung des Reichstages.

Jetzt zeigte sich die ganze Erbarmlichkeit und Tolerierungspolitik der Nazis, die zusammen mit den Fugenbergleuten und dem Zentrum den kommunistischen Antrag auf sofortige Reichstags-Einberufung ablehnten. Die SPD stimmte zwar für die Einberufung des Reichstages, wandte sich aber dagegen, daß der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Schleicherregierung und der Antrag auf Aufhebung der Papennotverordnung vom 11. 8. auf die Tagesordnung gestellt würden.

Die Kommunisten forderten sofort eine Neueinberufung des Reichstages für den 27. Dezember und die Einberufung des Reichstages für den 29. Dezember.

Während der Hunger des Volkes von der faschistischen Schleicherdiktatur ins Unermessliche gesteigert wird, während man hungernden und frierenden Erwerbslosen aufs brutale verweigert und neue Notverordnungen zur Niederdrückung der kämpfenden Arbeiterklasse und ihrer einzigen Führerin aus Not und Mangel der SPD, erläßt, retten Nazis und Sozialfaschisten gegen die Schleicherregierung.

Die Erwerbslosen bekommen zu ihrem Hunger noch den Schein, indem man es magt, ihnen 1,80 Mark pro Monat und Familie als „Winterhilfe“ anzubieten.

Zu gleicher Zeit wird durch eine Veröffentlichung des bürgerlichen 8-Uhr-Abendblattes bekannt, daß den grob-schwarzlichen Interessengruppen jährlich 50 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung ihres Apparates zusteigen.

Millionen und aber Millionen für die Trulitzbourgeoisie und die Großkapitalisten, Zehntelpfennige für die Opfer dieses kapitalistischen Systems, das ist das Gesicht der von den Nazis und der SPD tolerierten faschistischen Diktatur!

In dieser Tolerierungsfront stehen als soziale Hauptstütze die Führer der SPD und des ADGB. Davon können sie auch nicht abstrahieren nicht reinmachen. Wenn der „Textilarbeiter“, Organ des ADGB, in seiner letzten Nummer schreibt, daß General Schleicher ein Räuber vom reinen Wasser ist, so ist nichts anderes als ein schändliches Betrugsmasche, denn Schleicher ist kein Räuber, sondern ein Schlichter und bietet für ihre Dienste zur besseren Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter an. Zu gleicher Zeit wenden sich die SPD-Führer gegen die sofortige Behandlung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen die Schleicherregierung und unterstützen damit gegen die Generalabsicht gegen die Arbeiterklasse.

Sie gibt es nur eine: schärfsten Kampf gegen die Volkseinde von der SPD bis zur SPD! Die Erwerbslosen werden nicht ruhig und still weiterhängen. Sie nehmen den Kampf für die Winterhilfsforderungen der Kommunistischen Partei, sie fordern angesichts des latten Ueberflusses die sofortige Festsetzung der Kartoffel-, der Kohlen- und Kohlenhalben für die hungernden und frierenden Erwerbslosen!

Mehr als sieben Millionen Arbeitslose amtlich zugegeben

Am 17. Dezember tagte in Magdeburg der Provinzialrat des Sachsen des Verbandes der Vorkrieglichen Landgemeinden, Ministerialrat Schellen, Berlin, sprach über „Arbeitsbeschaffung“ und sagte dabei aus:

„Die amtliche Statistik, die am 30. November rund 5,5 Millionen Arbeitslose nachweist, gebe insofern ein falsches Bild, als nicht sämtliche Arbeitslose von den Arbeitsämtern erfasst werden. In Wirklichkeit müßte mit etwas über 7 Millionen Erwerbslosen in Deutschland gerechnet werden.“

Damit ist amtlich zugegeben, daß die Zahl der Arbeitslosen mit 7 Millionen beträgt. Es sind aber noch mehr, weit über 10 Millionen.

Diese Millionenmengen hungern und frieren. Man verweigert ihnen eine lüthbare Winterhilfe, obwohl die Lebensmittel- und Kohlenlager überfüllt sind. Immer dringender muß daher die Forderung der sofortigen Beseitigung der Arbeitslosen mit Brot, Kartoffeln und Kohlen erhoben werden.

600 Textilarbeiter streiken

Bremen, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Etwa 600 Mann der Belegschaft der Norddeutschen Zellulose- u. Kammerzellmanufaktur in Delmenhorst sind unter Führung

Der Radeberger Formertreib fiegreich beendet

Der Streik der Arbeiter der Formerei des Betriebes Richter und Tschadert in Radeberg konnte unter der Führung der KPD fiegreich beendet werden. Der Unternehmer sah sich gezwungen, den rüch hängigen Lohn sofort auszugeben.

Die Gewerkschaftslösung organisiert den Streikbruch und versucht die freigelegten organisierten Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen.

150 Arbeiterfrauen erlämpfen Sonderunterstützung

Karlberge b. Berlin, 21. Dezember.
Während der gestrigen Tagung der Wohlfahrtskommission erschienen 150 Arbeiterfrauen mit ihren Kindern, besetzten das Zimmer der Kommission und erzwangen den Beschluß auf Herausgabe von Gutscheinen über 3 Mark für Bekleidungs-, 3 Mark für Heizung und 50 Pfennig Zulage pro Kind.

Massenkampf in leitendster Einheitsfront zwang die Bourgeoisie, den Hungernden Brot zu geben. So wie diese 150 Arbeiterfrauen müssen in ganz Deutschland die Erwerbslosen den Kampf um Winterhilfe, für Deckung der Lebensmittelvorräte und der Kohlenhalben führen!

Die neue Diktatur-Verordnung erlassen! Minenleger in der „Dresdner Volkszeitung“ gegen revolutionäre Tageskämpfe Pension für SPD-Kapitulation

(siehe im Innern der Zeitung)

Verstümmeltes Amnestiegesetz in Sachsen beschlossen

Klagt nicht nach im Kampf um die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen, die dieses verstümmelte und unzureichende Gesetz weiter in den Kerker schmachten läßt. Kämpft mit der roten Hilfe für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen!

In der gestrigen Landtagung wurde die Schlußberatung des Amnestiegesetzes durchgeführt. Die Regierung hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, die eine unerhörte Verstümmelung des kommunistischen Antrages darstellt. Ein großer Teil der Arbeiter, die in die Kassen der Klassenjustiz geraten sind, und die durch unseren Amnestieantrag befreit werden sollten, bleibt weiter in den Kerker.

Die kommunistische Fraktion hatte zu diesem verstümmelten Gesetz eine ganze Reihe Anträge eingebracht, die vom Genossen Herrmann begründet wurden.

So verlangten die Kommunisten, daß ausdrücklich alle Vergehen gegen den § 218 in die Gesetzesvorlage mit aufgenommen werden, daß alle Beschränkungen in bezug auf die Höhe der Strafen weggelassen, und daß auf diese Weise alle aus politischen

Gründen und wegen der Durchführung von Wirtschaftskämpfen bestrafte Arbeiter freigelassen werden sollen.

Die kommunistische Fraktion verlangte weiter in einem Änderungsantrag, daß auch die gegen Staats- und Kommunalbeamten wegen ihrer politischen Überzeugung bzw. wegen Handlungen im Interesse der Arbeiter- und Beamtenchaft sowie wegen Handlungen aus wirtschaftlicher Notlage heraus verhängten Disziplinarstrafen amnestiert werden. Weiter wird die bereits in der letzten Sitzung erhabene und mit den Stimmen der SPD abgelehnte Forderung, einen Amnestieauschuss zu bilden, erneut erhoben.

Genosse Herrmann stellte ausdrücklich fest, daß die Amnestievorlage der Regierung in direktem Widerspruch zu dem steht, was in der letzten Landtagung beschlossen wurde. Wenn von der SPD behauptet wird, daß der bereits bestehende Prüflingsauschuss eine im Interesse der Arbeiterklasse liegende Prüfung in Streitfällen durchführen würde, so ist das nicht richtig. Wir verlangen einen Amnestieauschuss, der berechtigt ist, endgültige Beschlüsse für die Durchführung der Amnestie zu fassen.

Wir Kommunisten geben aus keiner Union hin, daß dieser Landtag eine wirkliche Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen bringen kann.

Wir werden nicht nachlassen, die Massen zu einem solchen Volkstum zu mobilisieren, der alle Opfer der Klassenjustiz befreien wird.

Da wir aber keine Möglichkeit, auch einer geringen Anzahl von proletarischen Gefangenen die Freiheit wiederzugeben, vorüberlassen lassen, erklären wir, daß wir auch für diese schändlich verstümmelte Vorlage stimmen werden, daß wir uns aber keineswegs damit zufrieden geben, sondern unsere Arbeit für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen verheißt weiterführen werden.

Neue Betrugsmanöver der Sozialfaschisten
Der Sozialdemokrat Nym sagt es, die verstümmelte Vorlage der Schleicherregierung zu loben und zu verkünden, daß sie weiter geht als die Reichsamnestie. Er ist gezwungen, auf Grund des schärfsten Kampfes, den die Kommunisten in der Frage des § 218 führten, zu erklären, daß die SPD nicht dagegen steht. (Beilage auf Seite 2)

Tellamnestie auch im Reich beschlossen

Zustimmung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.

Diese Tellamnestie ist das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Aber trotzdem werden noch Tausende revolutionäre Freiheitskämpfer weiter hinter den Kerkermauern schmachten. Es gilt jetzt mit allen Kräfte den Massenkampf zu verkörpern, bis auch der letzte proletarisch-politische Gefangene befreit ist.

Ein unerhörte Verstümmelung der entlassenen Gefangenen ist die Bestimmung, daß die Freigelassenen vom Streik der Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Das darf keinesfalls so bleiben. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht dulden, daß die entlassenen proletarischen Gefangenen dem Hunger überlassen werden und so erneut in die Kassen der Klassenjustiz fallen müssen. Wir werden den Kampf gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung für Brot, Kartoffeln, Kohlen fortsetzen.

Teillamnestie auch im Reich beschlossen

Zustimmung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.

Diese Tellamnestie ist das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Aber trotzdem werden noch Tausende revolutionäre Freiheitskämpfer weiter hinter den Kerkermauern schmachten. Es gilt jetzt mit allen Kräfte den Massenkampf zu verkörpern, bis auch der letzte proletarisch-politische Gefangene befreit ist.

Ein unerhörte Verstümmelung der entlassenen Gefangenen ist die Bestimmung, daß die Freigelassenen vom Streik der Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Das darf keinesfalls so bleiben. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht dulden, daß die entlassenen proletarischen Gefangenen dem Hunger überlassen werden und so erneut in die Kassen der Klassenjustiz fallen müssen. Wir werden den Kampf gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung für Brot, Kartoffeln, Kohlen fortsetzen.

Teillamnestie auch im Reich beschlossen

Zustimmung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.

Diese Tellamnestie ist das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Aber trotzdem werden noch Tausende revolutionäre Freiheitskämpfer weiter hinter den Kerkermauern schmachten. Es gilt jetzt mit allen Kräfte den Massenkampf zu verkörpern, bis auch der letzte proletarisch-politische Gefangene befreit ist.

Ein unerhörte Verstümmelung der entlassenen Gefangenen ist die Bestimmung, daß die Freigelassenen vom Streik der Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Das darf keinesfalls so bleiben. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht dulden, daß die entlassenen proletarischen Gefangenen dem Hunger überlassen werden und so erneut in die Kassen der Klassenjustiz fallen müssen. Wir werden den Kampf gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung für Brot, Kartoffeln, Kohlen fortsetzen.

Teillamnestie auch im Reich beschlossen

Zustimmung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.

Diese Tellamnestie ist das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Aber trotzdem werden noch Tausende revolutionäre Freiheitskämpfer weiter hinter den Kerkermauern schmachten. Es gilt jetzt mit allen Kräfte den Massenkampf zu verkörpern, bis auch der letzte proletarisch-politische Gefangene befreit ist.

Ein unerhörte Verstümmelung der entlassenen Gefangenen ist die Bestimmung, daß die Freigelassenen vom Streik der Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Das darf keinesfalls so bleiben. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht dulden, daß die entlassenen proletarischen Gefangenen dem Hunger überlassen werden und so erneut in die Kassen der Klassenjustiz fallen müssen. Wir werden den Kampf gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung für Brot, Kartoffeln, Kohlen fortsetzen.

Teillamnestie auch im Reich beschlossen

Zustimmung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.

Diese Tellamnestie ist das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Aber trotzdem werden noch Tausende revolutionäre Freiheitskämpfer weiter hinter den Kerkermauern schmachten. Es gilt jetzt mit allen Kräfte den Massenkampf zu verkörpern, bis auch der letzte proletarisch-politische Gefangene befreit ist.

Ein unerhörte Verstümmelung der entlassenen Gefangenen ist die Bestimmung, daß die Freigelassenen vom Streik der Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen. Das darf keinesfalls so bleiben. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht dulden, daß die entlassenen proletarischen Gefangenen dem Hunger überlassen werden und so erneut in die Kassen der Klassenjustiz fallen müssen. Wir werden den Kampf gegen Hunger und Frost, für ausreichende Unterstützung für Brot, Kartoffeln, Kohlen fortsetzen.

Teillamnestie auch im Reich beschlossen
Zustimmung sollen keine Unterstützung erhalten
Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtb.)
Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, seinen Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu erheben. Der Beschluß erfolgte gegen die Stimmen Bayerns, Württembergs und Sagens.